## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

16. Wahlperiode

20.02.07

## Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

## Verbraucherschutz wirksam voranbringen

Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Er muss aber nicht nur bei der Lebensmittelsicherheit greifen, sondern auch im Bereich der neuen Technologien, von Finanzdienstleistungen und für mehr Produktsicherheit. Der Schutz der Verbraucher/-innen muss alle Konsumfelder umfassen. In den letzten Monaten reihten sich allerdings leider immer wieder Skandale aneinander: Gammelfleisch in Bayern und Berlin, gentechnisch veränderte Mais- oder Sojaprodukte ohne vorgeschriebene Kennzeichnung oder Pestizidbelastung von Obst und Gemüse erschüttern das Vertrauen in die Lebensmittelwirtschaft, den Handel und die Politik. Unzureichende Kennzeichnung kann für Menschen mit Allergien lebensgefährlich sein.

Mehr Transparenz, Kontrollen und die Kennzeichnung von Produkten sind wesentliche Bedingungen für eine bessere Verbraucherschutzpolitik. Eine konsequente Information bzw. Beratung durch die Behörden einerseits und der Verbraucherinstitutionen andererseits sind unabdingbar.

Unabhängige Beratungsinstitutionen haben ihre Aufgabenfelder in den letzten Jahren immer weiter ausgebaut – die Anforderungen nehmen ständig zu. Die Arbeit der Verbraucherzentralen hat sich bewährt und muss langfristig abgesichert werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- 1. die personelle Ausstattung der Lebensmittelüberwachung in Bremen zu verbessern, um eine leistungsfähige Überwachungsstruktur herzustellen;
- bis zum Sommer 2007 dafür Sorge zu tragen, dass verbraucherschutzrelevante Informationen aus allen konsumrelevanten Feldern über das Internet zur Verfügung gestellt und die vorhandenen Daten verständlich und systematisch aufbereitet werden;
- 3. den Jahresbericht zu Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Tierschutz, Tiergesundheit und Pflanzenschutz neu zu strukturieren und nach dem Vorbild der Berichte und der Internetpräsentation des niedersächsischen Landesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in Oldenburg (LAVES) nachvollziehbar und transparent zu formulieren;
- 4. dafür Sorge zu tragen, dass verbraucherrelevante Untersuchungsergebnisse und Empfehlungen für die Vermeidung von Risiken zeitnah veröffentlicht werden.

Dr. Karin Mathes, Doris Hoch, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen